



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretender Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion

## Festrede Joachim Poß 40-jähriges Verbandsjubiläum des Bundesverbandes der Lohnsteuerhilfvereine e.V.

16. Mai 2013

Es gilt das  
gesprochene Wort!

Ich freue mich, dass Sie mich eingeladen haben, heute Abend als Festredner hier zu sprechen.

Ich durfte schon mehrfach als Ehrengast an Ihren Mitgliederversammlungen teilnehmen und bin auch dieser Einladung gern gefolgt.

Auch weil der BDL und die SPD zweierlei gemeinsam haben. Zunächst vertreten wir, wenn auch auf unterschiedliche Weise, die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Rentnerinnen und Rentnern. Und wir können beide in diesem Jahr runde Jubiläen feiern. Während die SPD nächste Woche stolz auf 150 Jahre Parteigeschichte zurückblicken kann, begehen wir heute das 40-jährige des BDL.

Dazu gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Auch das ist eine stolze Zahl.

Um der Bedeutung des BDL auch in Zahlen Ausdruck zu verleihen: Dem BDL gehören aktuell 180 Lohnsteuerhilfvereine mit über 2.000 Beratungsstellen und mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern an.

Für deren steuerliche Belange setzen Sie sich mit großem Einsatz und Enthusiasmus, nunmehr seit 1973 ein.

Die Lohnsteuerhilfvereine selbst gibt es bereits seit den 60er Jahren – den ersten gab es übrigens in München. Sie wurden nötig, weil einerseits die Einkünfte der Arbeitnehmer stiegen, andererseits die Steuergesetzgebung komplizierter wurde. Sie schlossen damit eine Beratungslücke für diejenigen, die nicht zum Klientel der Steuerberater gehören und schützen Ihre Mitglieder davor, durch Unwissenheit Geld zu verschenken.

Die Bedeutung der Lohnsteuerhilfvereine ist seitdem gestiegen. Erwerbsbiografien sind flexibler, Zusatzeinkünfte häufiger, der Wunsch nach Wohneigentum als Altersvorsorge größer und das Steuerrecht seitdem nicht einfacher geworden. All diese Dinge haben Auswirkungen auf die Lohnsteuer und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner benötigen Hilfe bei der Steuererklärung. Und finden sie bei den Lohnsteuerhilfvereinen.

Mit der Gründung des Bundesverbandes der Lohnsteuerhilfevereine hatten die einzelnen Vereine dann einen bundesweiten Koordinator, z.B. für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter. Vor allem aber hatten sie von nun an ein gemeinsames Sprachrohr für die Einflussnahme auf die Lohnsteuergesetzgebung, sowie einen Ansprechpartner für die Finanzverwaltung. Damit konnten die Interessen der einzelnen Lohnsteuerhilfevereine zielgerichtet gegenüber der Politik vertreten werden. Diesem Auftrag ist der BDL mit Entschiedenheit und Ausdauer nachgekommen.

Dass dieser Einsatz nicht immer in Harmonie mit der Politik sein kann, ist klar. Dennoch war aus meiner Sicht die Zusammenarbeit mit dem BDL von Vertrauen geprägt und Konflikte wurden mit Respekt ausgetragen. Beispielsweise haben vor gar nicht langer Zeit wir Sozialdemokraten in der Bundestagsfraktion den BDL dabei unterstützt, Forderungen nach Vereinfachungen im steuerlichen Reisekostenrecht durchzusetzen.

Aber so sehr ein solcher Jahrestag dazu einlädt, zurück zu schauen und Bilanz zu ziehen, ist es doch auch wichtig, den Blick in die Zukunft zu richten. Vor allem auch im Hinblick auf die notwendige **Steuerpolitik für die nächsten Jahre**. Denn wir Sozialdemokraten wollen die Steuerpolitik an den **Erfordernissen der Realität** ausrichten.

Und die Realität sieht folgendermaßen aus: Wir haben einen dramatischen **Investitionsstau** im Bereich der Infrastruktur, ein stark **unterfinanziertes Bildungssystem**, das Megaprojekt **Energiewende** und teilweise **desaströse Haushaltslagen** in den Kommunen. Und diese Herausforderungen stehen im Schatten eines riesigen **Schuldenbergs**, aufgetürmt von allen staatlichen Ebenen – auf über 80 % des BIP. Wir haben, wenn man ehrlich ist, eine **strukturelle Unterfinanzierung**.

Vor diesem Hintergrund ist es für uns als SPD keine Lösung zu sagen, „uns geht's doch gut“ und die heutigen und zukünftigen Probleme einfach zu ignorieren. Das ist eine **Politik ohne Morgen**. Denn es geht um nicht weniger als die Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und die negativen Folgen für Arbeitsplätze und Wohlstand, wenn wir diesen vernachlässigen. Es geht schlicht um Investitionen in eine Zukunft, die ferner liegt, als die nächsten vier Jahre.

Dafür ist es unabdingbar, neben der **Einsparung von unnötigen Ausgaben** wie dem Betreuungsgeld oder der Subventionierung von Hoteliers, zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren. Alles andere wäre nicht realistisch und auch unehrlich. Deshalb planen wir **gezielte Steuererhöhungen** für wenige mit Spitzeneinkommen oder sehr großen Vermögen nach dem Verfassungsgebot der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Denn bei Mehrbelastungen in der Einkommensteuer erst ab 64.000/128.000 Euro zu versteuerndem Einkommen und einem Spitzensteuersatz von 49 Prozent ab 100.000/200.000 Euro, ist nicht die breite Mitte der Gesellschaft, nicht der Facharbeiter betroffen. Vielmehr geht es uns darum, genau diese Einkommensschichten vor zusätzlichen Belastungen zu schützen. Und das sind, meine Damen und Herren, Ihre Vereinsmitglieder!

Es geht also in Wahrheit nicht um das Ob zusätzlicher Einnahmen, sondern um das Wie, auch wenn anderes im Wahlkampf behauptet wird.

Und das Wie bedeutet für uns, dass wir uns darauf beschränken, die ganz starken Schultern zu belasten, wie auch unsere Pläne einer Wiedererhebung der **Vermögenssteuer** zeigen. Da geht's wirklich nicht um Oma ihr kleines Häuschen, sondern um die Millionenvermögen. Sie können getrost Ihren Mitgliedern garantieren, dass sie auch davon nicht betroffen sein werden.

Die **wachsende Ungleichheit** unserer Gesellschaft ist sowohl wirtschafts- und finanzpolitisch schädlich, als auch sozial- und gesellschaftspolitisch. Auch deshalb brauchen wir eine Korrektur. Denn die Lasten sind zu einseitig verteilt und die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Eine Vermögenssteuer ist auch ein Beitrag, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und mehr **Gerechtigkeit und sozialen Frieden** herzustellen. Denn Vermögen tragen, auch im internationalen Vergleich, zu wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei.

Und wo wir schon über Gerechtigkeit sprechen: Steuergerechtigkeit wird zu Makulatur, wenn nicht gleichzeitig **Steuerhinterziehung** effektiv und konsequent bekämpft wird. Die von manchen immer noch betriebene Verharmlosung von Steuerkriminalität zu „Sünden“ mit den dazugehörigen Privilegierungen im Strafrecht ist durch nichts zu rechtfertigen. Das kann weder ich in meinen Bürgersprechstunden erklären, noch Sie in Ihren Beratungsgesprächen. Denn Steuerbetrug geht immer zu Lasten aller ehrlichen Steuerzahler.

Ebenfalls nicht hinnehmbar ist, wie multinationale Konzerne ihre Steuerlast gegen Null drücken können, indem sie unterschiedliche Steuersysteme und einen unterschiedlichen Umgang mit Rechtsformen ausnutzen. Das ist noch nicht mal illegal, weil es ja die Staaten sind, die ganz bewusst **Steuerschlupflöcher** schaffen, um die Unternehmen ins eigene Land zu locken. Um diese Staaten zu finden, müssen wir nicht mal bis in die Karibik gucken, auch direkt vor unserer Haustür findet das statt.

Wir müssen deutlich schneller vorankommen beim Schließen solcher Steuerschlupflöcher. Denn hier entstehen Schäden, die am Ende Ihre Mitglieder, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, tragen müssen.

Das gesamte Themenfeld Steuerhinterziehung, Steuerflucht und aggressive Steuerplanung von Unternehmen wird uns sowohl auf internationaler Ebene, wie auch national in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen. Es gilt, die Legitimität staatlichen Handelns in unserer Demokratie nicht aufs Spiel zu setzen. Denn genau das geschieht, wenn wir die vielen Steuerschlupflöcher nicht schließen. Auch müssen natürlich unzureichend personell ausgestattete Finanzbehörden mehr Ressourcen erhalten.

Was Sie, als Lohnsteuerhilfvereine ganz konkret betrifft und beschäftigt, ist die technische Umsetzung der sogenannten „**Vorausgefüllten Steuererklärung**“, die in ihrer jetzigen Form für Sie nicht praktikabel ist und die Lohnsteuerhilfvereine gegenüber den Steuerberatern benachteiligt. Ich stimme Ihnen voll zu, dass das inakzeptabel ist und verstehe Ihren Unmut – auch wenn es hier wohl erste Erfolge zu verzeichnen gibt. Letztlich liegt die Entscheidung darüber bei den Bund- und Länderverwaltungen. Ich habe Verständnis dafür, dass zusätzliche Kosten durch eine zusätzliche Schnittstelle vermieden werden sollen. Trotzdem wären das in meinen Augen aber gut investierte Ausgaben, die ich – vor allem der federführenden bayerischen Verwaltung – empfehlen würde. Denn die Lohnsteuerhilfvereine schließen eine **Beratungslücke** für Menschen, die meist nicht zur Zielgruppe von Steuerberatern gehören.

In diesem Bewusstsein konnte ich im Jahr 2000 aktiv daran mitarbeiten, dass Lohnsteuerhilfvereine als **eigenständige Steuerberatungseinheiten** etabliert wurden. Seitdem dürfen die Lohnsteuerhilfvereine neben der unbeschränkten Befugnis bei Einkünften aus nichtselbstständiger Tätigkeit auch bei sonstigen Einkünften tätig werden. Und das ist auch gut so.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und viel Erfolg für die nächsten 40 Jahre.  
Vielen Dank!